

*(Anschrift der Bewilligungsbehörde)*

**Antrag**  
auf Gewährung einer Zuwendung  
für Maßnahmen nach den Nummer 2.1 - 2.4 nach BAfRl

| <b>1 Antragstellerin/Antragsteller</b> |                                   |
|--|-----------------------------------|
| Name/Bezeichnung                       |                                   |
| Anschrift                              | <i>(Straße/PLZ/Ort/Kreis)</i>     |
| Auskunft erteilt                       | <i>(Name/Telefon (Durchwahl))</i> |
| Gemeindekennziffer                     |                                   |
| Bankverbindung                         | IBAN:                             |
|  | BIC:                              |
|  | Bezeichnung des Kreditinstitutes: |

| <b>2 Maßnahme</b>                     |      |      |
|---------------------------------------|------|------|
| Bezeichnung<br>(Entwurf, Aufsteller): |      |      |
| Durchführungszeitraum                 | von: | bis: |

| <b>3 Finanzierungsinplan</b>   |   |    |                    |
|--|---|----|--------------------|
|  | Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit<br>(Kassenwirksamkeit) |    |                    |
| Haushaltsjahr  | 20  | 20 | 20<br>und folgende |
|  | in EUR  |    |                    |
| 1  | 2   | 3  | 4                  |
| 3.1 Gesamtkosten   |   |    |                    |
| 3.2 davon grundsätzlich zuwendungs-fähige Ausgaben   |   |    |                    |
| 3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)   | -   | -  | -                  |
| 3.4 Zuwendungs-fähige Gesamtausgaben   | =   | =  | =                  |
| 3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)   |   |    |                    |
| 3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne Nr. 3.5) durch:<br><div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 200px; margin: 5px 0;"></div> |   |    |                    |
| 3.7 Eigenanteil  |   |    |                    |

| <b>4. Beantragte Förderung</b>        |                          |                     |
|---------------------------------------|--------------------------|---------------------|
| Zuwendungsbereich (Name der Maßnahme) | Zuweisungen/Zuschuss EUR | Prozent von Nr. 3.4 |
| 1                                     | 2                        | 3                   |
|                                       |                          | 80                  |
| Summe                                 |                          | 80                  |

**5 Begründung**

5.1

Zur Notwendigkeit der Maßnahme (unter anderem Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen):

5.2

Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (unter anderem: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten):

## **6 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen**

6.1

Darstellung der angestrebten Auslastung beziehungsweise des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin oder für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin oder des Antragstellers

6.2

Erklärung des Kämmerers zur Einplanung des Eigenanteils ist beigefügt.

Ja  Nein

## **7 Erklärungen**

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass

7.1

mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,

Ja  Nein

7.2

mit der Maßnahme zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr bereits begonnen wurde,

Ja  Nein

7.3

sie/er geprüft hat, ob ein Ordnungspflichtiger zu den Kosten der Maßnahme herangezogen werden kann, und sie/er das Ergebnis der Prüfung aktenkundig gemacht hat (Ergebnis der Prüfung als Anlage beifügen),

Ordnungspflichtiger heranzuziehen    Ja        Nein  
Ergebnis der Prüfung aktenkundig:    Ja        Nein

7.4

bekannt ist, dass aufgrund des § 25 des Bundes-Bodenschutzgesetzes bei öffentlichen geförderten Maßnahmen zur Erfüllung der Pflichten aus § 4 des Bundes-Bodenschutzgesetzes soweit hierdurch der Verkehrswert des Grundstückes nicht nur unwesentlich erhöht wird und sofern nicht bei der Bewilligung der Maßnahme als Leistung Dritter in Abzug gebracht ist, nach Abschluss der Sanierung von der zuständigen Behörde ein Wertausgleich bis zur Höhe der gewährter Zuwendung festgesetzt werden kann,

Ja        Nein   

7.5

sie/er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt /berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nummer 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

                                 nicht berechtigt        berechtigt      
berücksichtigt:                            Ja        Nein   

7.6

die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

Ja        Nein   

7.7

(außerdem bei juristischen Personen des privaten Rechts): sie/er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinn des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Landessubventionengesetzes sind,

Ja        Nein        Nicht zutreffend

**für Maßnahmen nach den Nummern**

- 2.1.1** (Systematische, flächendeckende Erhebungen und Erstbewertungen altlastverdächtiger Flächen, Altlasten, schädlicher Bodenveränderungen und Verdachtsflächen),
- 2.1.2** (Flächendeckende Erhebung von Brachflächen) ,
- 2.1.3** (Ermittlung von Entsiegelungspotenzialen)

7.8

keine ausreichenden Erhebungen für die Ermittlung von Altlasten, altlastenverdächtigen Flächen, schädlichen Bodenveränderungen, Verdachtsflächen, Brachflächen und Entsiegelungspotenzialen vorliegen und die Voraussetzungen nach Nummer 4.1 der Richtlinien beachtet wird.

Ja  Nein

**für Maßnahmen nach der Nummer**

- 2.2.1** (Gefährdungsabschätzungen)

7.9

die ihr/ihm bisher vorliegenden Unterlagen keine ausreichende Gefährdungsabschätzung ermöglichen.

Ja  Nein

**für Maßnahmen nach den Nummern**

- 2.2.1** (Gefährdungsabschätzungen) und
- 2.2.2** (Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen)

7.10

sie/er die Voraussetzungen nach der Nummer  **3.1** oder  **3.2.1** oder  **3.2.2** erfüllt (Zuwendungsempfänger entsprechend der BAfrl),

7.11

die Altablagerung, der Altstandort, das Grundstück mit einer schädlichen Bodenveränderung bzw. die Verdachtsfläche wieder genutzt werden soll,

Ja  Nein

**für Maßnahmen nach Nummer**

**2.2.2 (Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen)**

7.12

eine Gefährdungsabschätzung vorausgegangen ist,

Ja  Nein

**für Maßnahmen nach den Nummern**

**2.3.1 (Sanierungs- und Schutzmaßnahmen) und**

**2.3.2 (Überwachungsmaßnahmen)**

7.13

eine Gefährdungsabschätzung Ja  Nein

Sanierungsuntersuchung Ja  Nein

vorgenommen worden ist.

7.14

eine Gefährdungsabschätzung oder Sanierungsuntersuchung wegen Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr nicht vorgenommen werden konnte, aber eine ordnungsbehördliche Überwachungs- oder Sanierungsmaßnahme angeordnet worden ist,

Ja  Nein

7.15

sie/er die Voraussetzungen nach der Nummer  **3.1** oder  **3.2.1** oder  **3.2.2** erfüllt (Zuwendungsempfänger entsprechend der BAfRI),

7.16

die Maßnahme nach der bestehenden Nutzung notwendig ist,

Ja  Nein

7.17

von der Altlast eine Gefahr entsprechend der Nummer 4.5.2 Buchstaben a) bis d) ausgeht,

Ja  Nein

7.18

die Voraussetzungen der Nummer  **4.5.3 a)**, Nummer  **4.5.3 c)**, Nummer  **4.5.3 d)** oder Nummer  **4.8** vorliegen,

7.19

in vor der Bewilligung geschlossenen Kaufverträgen über Grundstücksverkäufe vertraglich vereinbarte Kaufpreise als Leistungen Dritter im Finanzierungsplan bereits von den Gesamtkosten abgezogen wurden,

Kaufverträge liegen vor Ja  Nein   
von den Gesamtkosten abgezogen Ja  Nein

7.20

Grundstücksverkäufe innerhalb von 10 Jahren nach Bewilligung der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitgeteilt werden.

Ja  Nein

7.21

die Voraussetzungen den Nummern 4.6 bis 4.6.5 (Sonderregelung für natürliche Personen als privatrechtliche Eigentümer oder dinglich berechnigte Nutzer von Wohngrundstücken als Ordnungspflichtige) vorliegen.

Ja  Nein

**für Maßnahmen nach den Nummern**

- 2.4.1** (Bodenbelastungskarten, Erosionskartierungen)
- 2.4.2** (Bodenfunktionskarten) und
- 2.4.3** (Bodenbewusstsein und Klimafunktion)

7.22

keine ausreichenden Untersuchungen zu gebietsbezogenen Ermittlung und Bewertung von schädlichen Bodenveränderungen oder zur Ermittlung und Bewertung von Bodenfunktionen sowie der erforderlichen Datenrecherchen vorliegen und die Voraussetzungen der Nummer 4.10, 4.11 und 4.12 beachtet werden.

Ja  Nein

| <b>8 Anlagen</b> |  |                          |                          |
|------------------|--|--------------------------|--------------------------|
|                  |  | ja                       | nein                     |
| a)               | Erläuterung und genaue Beschreibung der beabsichtigten Maßnahme  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| b)               | Kostenberechnung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| c)               | Zeitplan   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| d)               | Gefährdungsabschätzung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
|                  | Sanierungsuntersuchung   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
|                  | Sanierungsplan   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| e)               | Prüfergebnis nach Nummer 7.3 (Ordnungspflicht)   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| f)               | ordnungsbehördliche Anordnung  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
|                  | Vergleich  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| g)               | Angaben zur kommunalen Planung für die Wiedernutzbarmachung  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| h)               | Begründung für die Notwendigkeit des Projektmanagements nach Nummer 5.4.1.2 der Richtlinie   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| i)               | Aktuelle Grundbuchauszüge zum Nachweis der Voraussetzungen der Nummer 4.5.3 c der BAfrl  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| j)               | vor der Bewilligung geschlossene Kaufverträge über Grundstücksverkäufe   | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| k)               | Anlage 1 des RdErl. d. Ministeriums für Umwelt Landwirtschaft und Verbraucherschutz v 01.01.2022 (SMBl. NRW 74) "Verfahren zur Anmeldung von Zuwendungen für die Sanierung von Altlasten und für weitere Maßnahmen des Bodenschutzes sowie zur Aufstellung von Dringlichkeitslisten", sofern Maßnahmen nach Nummer 1.1.2 (Maßnahmen zum Schutz vor Gefahren) außerhalb der Dringlichkeitsliste beantragt werden. | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| l)               | Ziel des Maßnahmenprogrammes gem. Nr. 2 der BAfrl (Gegenstand und Ziel der Förderung) einschließlich Zielbestimmung im engeren Sinne an Hand der konkreten Aufgabenstellung  | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| (Ort/Datum)      |  | (Unterschrift)           |                          |

|  |   |                                   |                          |      |                          |
|--|---|-----------------------------------|--------------------------|------|--------------------------|
| <b>9 Kommunalaufsichtliche Stellungnahme</b> |   |                                   |                          |      |                          |
| 1  | Kommune ohne Haushaltssicherungskonzept?  | Ja                                | <input type="checkbox"/> | Nein | <input type="checkbox"/> |
| 2  | Maßnahme kann aus dem Haushalt finanziert werden?                                       | Ja                                | <input type="checkbox"/> | Nein | <input type="checkbox"/> |
| 3  | Stellungnahme zur Haushaltsverträglichkeit bei Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept: |                                   |                          |      |                          |
| .....  |   | .....                             |                          |      |                          |
| (Datum)                                      |   | (Rechtsverbindliche Unterschrift) |                          |      |                          |

**10 Ergebnis der Antrags-Prüfung durch die Bezirksregierung**

1

Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den sich aus dem Förderzweck ergebenden fachlichen Anforderungen hinsichtlich der Gefahrenermittlung  /-abwehr  und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

entspricht  oder

nicht entspricht  .

2

Berechnung der Zuwendung:

|    |  | Euro |
|----|--|------|
| a) | Gesamtkosten   |      |
| b) | nicht zuwendungsfähige Ausgaben  |      |
| c) | zuwendungsfähige Ausgaben  |      |
| d) | der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz von 80 Prozent |      |

.....  
(Ort/Datum)

.....  
(Dienststelle/Unterschrift)